



Militärparade in Teheran (am 21. September)



Außenminister Steinmeier

AUSSENPOLITIK

Harter Kurs gegen Iran

Unter dem Druck der westlichen Verbündeten will die Bundesregierung jetzt ihren Sanktionskurs gegen Iran deutlich verschärfen. Berlin möchte künftig Unternehmen der Banken- und Versicherungswirtschaft sowie der Energiebranche davon überzeugen, keine Geschäfte mit Iran zu machen – so soll das Regime in Teheran zum Stopp seines Atomprogramms bewegt werden. Eine Ressortrunde im Auswärtigen Amt auf Einladung von Staatssekretär Reinhard Silberberg entschied vergangenen Montag, dass die Ministerien für Wirtschaft und Finanzen das Gespräch mit den betreffenden Wirtschaftsverbänden suchen sollen. Bisher hatte die Industrie darauf beharrt, dass sie nur gesetzlich verbotene Geschäfte unterlasse. Anstoß für die Diskussion war ein französischer Vorschlag: Eine möglichst große Gruppe „gleichgesinnter“ Staaten solle ihre heimische

Wirtschaft im Iran-Geschäft „entmutigen“, solange die Uno oder die EU sich auf keine neuen Sanktionen einigen können. Die Bundesregierung nimmt nun vor allem Versicherungen und Rückversicherungen sowie Firmen der Energiebranche ins Visier, die sogenannte Flaschenhals-Technologien herstellen. Das sind unverzichtbare Produkte, die nur von wenigen Herstellern angeboten werden können – Iran hätte es schwerer, den Boykott durch Aufträge etwa an Russland oder China zu umgehen. Der Einigung waren lange interne Debatten vorgegangen. Das Wirtschaftsressort hatte politische Einflussnahmen, wie das Auswärtige Amt sie befürwortete, abgelehnt. Deutschland war zuletzt wegen seiner Iran-Politik international in die Kritik geraten, weil der deutsche Handel mit dem Land im ersten Halbjahr um 16,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen war. Zudem hatte der deutsche Militärrattaché in Teheran an einer Militärparade teilgenommen, bei der antisemitische Parolen gezeigt wurden. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hatte Botschafter Herbert Honsowitz einbestellt, aber inzwischen wieder zurück nach Iran geschickt.

BUNDESWEHR I

Exodus der Mediziner

Die Bundeswehrführung sorgt sich um die medizinische Betreuung der Soldaten bei Auslandseinsätzen. Der Grund: In diesem Jahr haben bereits um die 70 Militärärzte ihren vorzeitigen Abschied eingereicht. Sie beklagen häufige Auslandskommandos, miserable Arbeitsbedingungen in heimischen Lazaretten und eine Vielzahl von Überstunden. Weil wegen Personalmangels Operationssäle stillgelegt werden, leide die Ausbildung in der Heimat. Das veranlasst junge Nachwuchsmediziner, zu zivilen Kliniken oder Universitäten abzuwandern. Die bieten bessere Bezahlung und Karrierechancen und locken



Assistentin, Oberfeldärztin im Kosovo

sogar damit, bis zu 140 000 Euro Ausbildungskosten zu übernehmen, die Militärärzte dem Bund erstatten müssen, wenn sie vorzeitig ausscheiden. Um zu vermeiden, dass wie in der Vergangenen-

heit Augenärzte oder Nuklearmediziner, die seit Jahren keine Verwundeten behandelt haben, als Rettungspersonal zu den Patrouillen in Afghanistan eingeteilt werden, bedienen sich altgediente Mediziner bisweilen einer Notlösung: Sie schreiben die Kollegen untauglich. In Brandbriefen an Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) warnten Ärzte vor einem „Zusammenbruch des Systems“. Um den Exodus zu bremsen, prüft das Verteidigungsressort nun, ob es Zulagen und Verpflichtungsprämien gewähren sollte. So könnten womöglich auch wieder mehr fertig ausgebildete Ärzte angelockt werden. Es gibt immer weniger solcher Seiteneinsteiger: Früher ließen sich 70 bis 90 Mediziner jährlich zum Sanitätsdienst anwerben; in diesem Jahr fanden sich erst 25.